

„GEORGIEN AUF DEM WEG NACH EUROPA“

Vortrag: Uwe Schramm, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Georgien

Veranstalter: Georgische Gesellschaft Berlin

Ort: Konferenzsaal der Generaldirektion, Staatsbibliothek zu Berlin, 23.9.2005

Bevor er den Vortrag begann, erklärte Uwe Schramm, derzeit Botschafter Deutschlands in Georgien, was er hier sage, sei keine öffentliche Stellungnahme der Bundesregierung, sondern seine persönliche Ansicht.

Zunächst stellte er fest, der Titel des Vortrages „Georgien auf dem Weg nach Europa“ impliziere, Georgien sei (noch) kein Teil Europas. Im Folgenden wolle er geographisch, kulturell-zivilisatorisch und wirtschaftlich-politisch der Frage auf den Grund gehen, ob diese Behauptung so ganz richtig sei.

Er begann mit der geographischen Zuordnung Georgiens. Das Land liege sowohl auf dem europäischen als auch auf dem asiatischen Kontinent. Der Kreuzpass auf der Kammlinie des Kaukasus ist die Trennlinie zwischen Europa und Asien und damit gehört alles was in Georgien nördlich davon liegt zu Europa. In der Antike sei es noch einfacher gewesen. Nach damaliger Auffassung war der Fluss Farsis, der heutige Rioni, die Grenze zwischen den beiden Kontinenten.

Kulturell und zivilisatorisch bestünden kaum Zweifel, dass das weitgehend christliche Land Georgien dem europäischen Kulturkreis zuzurechnen ist. Georgien verfüge zum Beispiel über einige der bedeutendsten Bauten der christlichen Sakralarchitektur und der sakralen Kunst. Aber es gebe auch islamische Einflüsse, wie in anderen europäischen Ländern auch, so zum Beispiel in Spanien, dessen Zugehörigkeit zu Europa nicht in Frage gestellt werden könne.

Er ging dann der Frage nach, wie sich die Georgier selbst sehen. Er erzählte von einem Gespräch mit einem georgischen Patriarchen, der ihn fragte, was die deutsche Seite tun könne, um Georgiens Beitritt zur NATO zu unterstützen. Für Georgien sei dies die erste Chance seit 1453, als Konstantinopel von den Osmanen erobert wurde und das Oströmische

Reich zerfiel, wieder Anschluss an den Westen zu bekommen. Schramm war selbst erstaunt über die zeitlichen Dimensionen, in denen dieser Georgier dachte. Dies zeige, dass die Georgier selbst ihre historischen Wurzeln in Europa sehen.

Der Großteil seines Vortrages wandte sich aber dem Thema Wirtschaft und Politik zu. Er erklärte, die Europäische Union stehe bei den georgischen Außenbeziehungen, sowohl beim Handel als auch bei der Investitionstätigkeit, nicht an erster Stelle, was ungewöhnlich sei für ein Land im Einflussbereich der EU. Dennoch habe Georgien eine beträchtliche Bedeutung für die Europäische Union: als Transitland für Öl und Gas, als Korridor für Verkehrswege zwischen Asien und Europa und als Drehscheibe zwischen dem Südkaukasus, dem Süden Russlands, Zentralasien und dem Mittleren Osten einschließlich Iran. Georgien hat zwar keine größeren eigenen Ressourcen, aber eine geostrategisch äußerst bedeutende Position, die das Land dazu befähigt, ein Stabilitätsanker in der Region zu sein.

Die EU verfolge deswegen im Wesentlichen eine Stabilitätspolitik in Georgien und der Region. Die Union wolle Stabilität von innen nach außen fördern, das heißt man möchte den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau im Inneren des Landes begünstigen, um Georgien nach außen hin zu befähigen, Unabhängigkeit zu erreichen und friedlich an internationalen Aufgaben mitzuarbeiten. Ein wichtiger praktischer Schritt in diese Richtung sei das Kooperationsabkommen der EU mit Georgien, das seit etwa zwei oder drei Jahren laufe. Dieses Abkommen betreffe vor allem wirtschaftliche Bereiche, beziehe aber auch politische Elemente mit ein. Eine demokratisch-rechtstaatliche Grundordnung sei dabei von beiden Seiten für die Zusammenarbeit verpflichtend. Außerdem beziehe die EU Georgien in ihre neue Nachbarschaftspolitik mit ein, die den „Kranz von Ländern“ um die EU herum unterstützt. Im ersten Anlauf sei das, laut Schramm, aus georgischer Sicht schief gegangen, da die drei Südkaukasusländer Armeniern, Aserbaidshan und Georgien zunächst nicht mit einbezogen wurden. Der ehemalige Präsident Schewadnadse sei bestürzt darüber gewesen und Schramm könne sich daran erinnern, dass der Staatschef gefragt habe: „Wo sollen wir denn sonst hingehen, wenn die Europäer uns nicht wollen?“. Nach der „Rosenrevolution“ in Georgien vor knapp zwei Jahren habe die EU diesen Fehler glücklicherweise revidiert und sich dazu entschlossen Georgien zusammen mit Armenien und Aserbaidshan in ihre Nachbarschaftspolitik aufzunehmen. Zur Zeit werde ein Aktionsplan erarbeitet, der vor allem

– aber nicht nur – Maßnahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit enthalte. Die neue Nachbarschaftspolitik der EU sei von großer politischer Bedeutung, da sie Georgien über die Kooperation mit der EU den Weg in eine weitgehende Integration eröffne. Für die Partnerländer sei es im Grundsatz möglich an allen Politikbereichen der Union teilzunehmen, außer an den Institutionen und der gemeinschaftlichen Willensbildung.

Daraufhin widmete sich Schramm der Frage nach den Chancen Georgiens für einen Beitritt zur EU. Zunächst habe es die Idee der „Dreier-Pack-Lösung“ gegeben, also den gleichzeitigen Beitritt Armeniens, Aserbaidschans und Georgiens. Diese Länder gehören im Denken der Europäer zusammen und dabei spiele die Vorstellung eine Rolle, dass es für Russland schwieriger sei eine Dreier-Pack-Aufnahme zu verhindern als den Beitritt einzelner Länder. Tiflis verfolge diese Strategie nun aber nicht mehr, da die Konflikte zwischen Armenien und Aserbaidshan ein Hindernis für die Aufnahme darstellen. Außerdem pflege Armenien Sonderbeziehungen zu Russland, was nicht in das Konzept einer zukünftigen europäischen Außenpolitik passe. Georgien wolle sich stattdessen künftig stärker den Schwarzmeeranrainer zuwenden. Schramm schränkte aber ein, Georgien habe jetzt noch keinen Kandidatenstatus und Beitrittschancen seien zum jetzigen Zeitpunkt weder mit ja noch mit nein zu beantworten. Er könne sich aber vorstellen, dass eine Aufnahme der Türkei und der Ukraine die Beitrittschancen der Südkaukasusländer erhöhen könnten.

Dann sprach Schramm über den Wandel der Außenpolitik Georgiens jeweils unter Schewadnadse und Saakaschwili. Schewadnadse hätte eine eher defensive Außenpolitik betrieben, wobei man sich darauf konzentrierte Bestehendes zu bewahren, um die Stabilität nicht zu gefährden, und vorsichtig mit mächtigeren Ländern wie Russland umging. In Bezug auf die Konflikte im Südkaukasus habe man vor allem eine Politik der Schadensbegrenzung betrieben, da diese als unlösbar angesehen wurden. Schewadnadse hatte keine militärische Komponente in seiner Außenpolitik. Saakaschwilis Außenpolitik sei dagegen sehr viel offensiver. Er wende sich viel dezidierter dem Westen zu, also in erster Linie der EU und der NATO. Darüber hinaus habe er es zur obersten Priorität seiner Politik gemacht, die Konflikte in der Kaukasusregion zu lösen, vor allem die Separationsbestrebungen im eigenen Lande (in Abchasien, Südossetien und Adscharien, wo eine friedliche Beilegung bereits Anfang dieses Jahres erreicht wurde). Zudem wolle er Georgien militärische Handlungsfähigkeit

verschaffen. In Bezug auf Russland betreibe er eine Politik der „ausgestreckten Hand“, wobei der Präsident schon einen politischen Erfolg erzielen konnte, nämlich eine tragfähige Regelung des Abzugs russischer Truppen. Außerdem möchte Saakaschwilis Regierung die Demokratiebewegung im post-sowjetischen Raum aktiv unterstützen.

In der politischen Praxis stehe die EU nicht an erster Stelle, betonte Schramm nochmals. Bestimmender außenpolitischer Partner sei die USA, die sich dort seit drei Jahren politisch und militärisch engagiere. Georgien sei durchaus kritisch gegenüber der Außenpolitik der EU bei Themen, die georgische Belange betreffen. Die Erwartungen beispielsweise in Bezug auf die Kriege in Tschetschenien seien unerfüllt geblieben. Die georgische Regierung sei deswegen nicht antieuropäisch, aber würde sich zum Beispiel ein festeres Auftreten der EU gegenüber Russland wünschen.

Ein seiner Meinung nach sehr interessantes zukünftiges Ergänzungskonzept könne das sogenannte „Zwischeneuropa“ werden. Saakaschwili versuche dabei eine engere Zusammenarbeit, eventuell sogar eine Art Staatenbündnis, in nordsüdliche und westöstliche Richtung zu erreichen. Darin inbegriffen sein sollen also vom Baltikum bis nach Usbekistan alle post-sowjetischen Länder, die an Russland angrenzen. Dieses Konzept sei im letzten Jahr durch die Revolution in der Ukraine beschleunigt worden. Zudem werde der Plan auch von den USA sehr gefördert.

Ziele dieses „Zwischeneuropas“ seien die Unterstützung pro-westlicher und demokratischer Bestrebungen im post-sowjetischen Raum, eine Abpufferung möglichen russischen Drucks, ein gemeinsames größeres Gewicht im EU-Rahmen und es solle ein Forum für besonders engen Dialog untereinander und mit den USA darstellen. Probleme dabei seien, dass die Länder sehr heterogen sind und eine geringe wirtschaftliche und politische Kohäsion haben. Die größte Gefahr dabei wäre eine Regionalisierung der EU, wodurch schwierige Angelegenheiten regionalisiert und in der gesamten EU vielleicht nicht mehr als so wichtig wahrgenommen würden. Auch vom Begrifflichen her sei das Konzept unklar. Wo dazwischen befände sich dieses „Zwischeneuropa“ denn? Zwischen Russland und einem „Kerneuropa“? Die Eröffnung eines „Teileuropas“, eventuell minderer Qualität, müsse Schramms Auffassung nach noch sehr genau bedacht werden.

Seines Erachtens wäre es besser, das bestehende Instrumentarium, das die EU zur Verfügung stellt, voll auszuschöpfen und dann beispielsweise eine Schwarzmeerkoooperation auszuweiten. Die ost- und südosteuropäische Flanke der Union verfüge noch über kein ausreichendes regionalspezifisches, politisches Instrumentarium, wie beispielsweise der Norden Europas oder die Mittelmeerstaaten mit dem Barcelona-Prozess, was nach Schramm künftig angedacht werden sollte.

Daraufhin wandte er sich der Sicht der EU zu. Um der EU beitreten zu können, müsse man die sogenannten Kopenhagener Kriterien erfüllen. Wirtschaftlich muss das betreffende Land in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck der EU standzuhalten, den Eintrittsschock zu überwinden und den „acquis communautaire“ übernehmen, also die Regeln und Vorschriften, die sich die EU im Laufe ihres Bestehens geschaffen hat. Politisch gelten eine demokratisch-rechtstaatliche Ordnung und die Wahrung der Menschenrechte als Voraussetzungen. Die wirtschaftlichen Aspekte seien in gewissen Grenzen verhandelbar, die politischen nicht.

Schramm kam dann zur Frage, wo Georgien hinsichtlich dieser Kriterien stehe. Wirtschaftlich werde Georgien innerhalb „politisch überschaubarer Zeit“ fähig sein, die Voraussetzungen zu erfüllen, meinte Schramm. Dafür sei aber die Unterstützung durch die EU notwendig. Im Hinblick auf die politischen Voraussetzungen herrschten in Georgien eine Menge Probleme, unter anderem Folter und Übergriffe im Strafvollzug, die nicht vollkommen unabhängige Justiz, die nachlassende Pluralität in der Presse, ein starkes Übergewicht in der Exekutive und eine nicht ausreichende Kontrolle des Parlaments. Dies zähle er nicht auf, um eine Art „Sündenregister“ zu benennen, sondern weil man dem Land in Bezug auf diese Schwachpunkte helfen wolle. „Die Revolution ist noch sehr jung, sie ist noch nicht einmal zwei Jahre her“, meinte Schramm. Georgien befinde sich dementsprechend in einem Lern- und Reifeprozess, der viel Unterstützung von Seiten der EU und Deutschland brauche.

Sabine Dietz